

Stand: 04.04.2026 07:19:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9605

"Ausbau der Forschungsförderung im Themenbereich Salafismus"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9605 vom 29.12.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10179 des KI vom 24.02.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11401 vom 10.05.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 10.05.2016



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Ausbau der Forschungsförderung im Themenbereich Salafismus**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Themenbereich Salafismus, insbesondere auch zur Rolle von Frauen im gewaltbereiten Salafismus sowie zu den Bedingungen für Radikalisierung, grundlegende Forschungsarbeiten anzustoßen und finanziell zu fördern.

#### **Begründung:**

Noch immer gibt es erhebliche Wissenslücken, wenn es um die Frage geht, welche Faktoren bei der Radikalisierung von jungen Menschen entscheidend seien und mit welchen konkreten Maßnahmen dies verhindert werden kann. Gerade im Bereich der Rekrutierungsanstrengungen sind fundierte Analysen notwendig, um in der Lage zu sein, effektive Präventionsstrategien zu entwickeln. Hier stehen wir in Deutschland und in Bayern noch am Anfang. Dieses Ergebnis geht aus der Anhörung zur „Lage und Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung, insbesondere bei jungen Menschen“ hervor, die der Landtag auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 21. Oktober 2015 durchgeführt hat.

Die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden besitzen nach Ansicht der Expertinnen und Experten für die Radikalisierungsprävention nur eingeschränkten Aussagewert und basieren zum Teil auf zu oberflächlichen Beobachtungen. Die Schlussfolgerungen für passgenaue Präventions- und Beratungsprogramme sind dann, so die Expertin Claudia Dantschke in der Anhörung vom 21. Oktober 2015, oft nur „Bauchempirie aus der täglichen Arbeit“.

Um hier eine fundierte und spezifische Wissensbasis zu schaffen, sind groß angelegte empirische Studien erforderlich. In Deutschland existiert, anders als in Ländern wie Großbritannien oder den Niederlanden, bislang noch keine eigenständige universitäre Radikalisierungsforschung im Themenbereich Salafismus. Die Staatsregierung ist aufgefordert, umgehend Anstrengungen zu unternehmen, dies zu ändern.



## Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere  
Sicherheit und Sport**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,  
Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/9605

**Ausbau der Forschungsförderung im Themenbe-  
reich Salafismus**

### I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Katharina Schulze**  
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

### II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 3. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 97. Sitzung am 16. Februar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 24. Februar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

**Dr. Florian Herrmann**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/9605, 17/10179

### **Ausbau der Forschungsförderung im Themenbereich Salafismus**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Katharina Schulze

Abg. Dr. Hans Reichhart

Abg. Dr. Paul Wengert

Abg. Joachim Hanisch

**Präsidentin Barbara Stamm:** Dann rufe ich zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 18 und 19** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Salafismusprävention für Frauen und Mädchen stärken (Drs. 17/9604)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Ausbau der Forschungsförderung im Themenbereich Salafismus (Drs. 17/9605)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als Erster Frau Kollegin Schulze für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte jetzt wirklich um Ruhe bitten.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sind jung, sie heißen Elif, Andrea oder Sandra und leben in bayerischen Familien. Dann beginnt es: Erst schwärmen sie für die angeblichen Gotteskrieger, und dann machen sie sich auf den Weg zu ihnen nach Syrien. So hat es beispielsweise Elif Ö. aus Neuried gemacht, damals war sie 16 Jahre alt. Sie verschwand aus Bayern und meldete sich dann online aus Syrien. Sie berichtete dort von ihrem neuen Leben. Die Sicherheitsbehörden beobachteten ihre rasche Radikalisierung und stellten fest, dass sie nicht nur Opfer radikaler Terroristen ist, sondern inzwischen auch selbst aktiv bei Gleichaltrigen für die Ausreise nach Syrien in die Kampfgebiete wirbt. Das ist ein Problem.

Auch im Verfassungsschutzbericht 2015 steht, dass immer mehr Minderjährige sich vom IS angesprochen fühlen und sich auf den Weg in die Kampfgebiete machen. Ja, wir haben mittlerweile endlich ein Bayerisches Präventions- und Deradikalisierungs-

netzwerk gegen Salafismus, aber dieses hat überhaupt nicht den besonderen Radikalisierungsweg von jungen Frauen und Mädchen im Blick. Es stimmt, der gewaltbereite Salafismus und Dschihadismus ist für Mädchen und Jungen gleichermaßen attraktiv. Die Anhörung, die wir auf unseren Antrag hin im letzten Herbst im Bayerischen Landtag durchgeführt haben, hat jedoch deutlich gezeigt, dass man sich mit der Radikalisierung von jungen Mädchen und Frauen besonders beschäftigen muss

(Beifall bei den GRÜNEN)

und dass der sogenannte Islamische Staat auch versucht, gezielt junge Frauen und Mädchen anzuwerben.

Die Expertinnen und Experten haben in der Anhörung betont, dass es Besonderheiten bei den Anwerbeversuchen für Frauen und Mädchen gibt. So ist beispielsweise der Dschihadismus für Mädchen, die in konservativ-patriarchalen Familienstrukturen aufwachsen und ihre Persönlichkeit dort nur bis zu einem gewissen Grad entwickeln können, ein vermeintlich emanzipatorisches Angebot. Das hat sich weiterentwickelt, und mittlerweile tauchen im Internet immer wieder einmal Videos auf, in denen junge Frauen oder Mädchen in Kampfanzügen oder mit Waffen zu sehen sind. Gleichzeitig bietet die Ideologie des sogenannten Islamischen Staates den jungen Frauen ein sehr konservatives Bild und damit die vermeintliche Möglichkeit, sich im Rahmen einer konservativen Frauenrolle selbst zu verwirklichen, beispielsweise als Ehefrau an der Seite eines Kämpfers oder als Mutter seiner Kinder.

Das Problem mit der Radikalisierung junger Frauen und Mädchen ist – das haben die Expertinnen und Experten sehr deutlich gemacht –, dass diese Radikalisierung sehr lange im Verborgenen stattfindet. Das Umfeld, seien es Familie, Freunde oder auch die Schule, erfährt sehr lange nicht, dass sich das Mädchen radikalisiert, bis es, im wahrsten Sinne des Wortes, zu spät ist.

Wir haben deshalb, nachdem diese Informationen bei der Anhörung zu Tage traten, diesen Antrag gestellt. Wir möchten, dass im Rahmen des Präventionsnetzwerkes

gegen Salafismus ein deutlicher Schwerpunkt auf die Radikalisierung von Frauen und Mädchen gesetzt wird. Ehrlich gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, konnte ich schon im Ausschuss nicht verstehen, warum man diesem Ansinnen nicht nachkommt. Ich bin deshalb auf die, hoffentlich neuen, Argumente gespannt und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit unserem zweiten Antrag wollen wir ebenfalls etwas beheben, weil bei der Anhörung herauskam, dass noch etwas fehlt. In Deutschland gibt es nämlich im Vergleich zu anderen Ländern noch viel zu wenige Informationen darüber, wie Radikalisierungstendenzen gerade im Bereich Salafismus entstehen. Wir wollen wissen, was man dagegen machen kann und wie die Maßnahmen und Mechanismen sind. Deswegen fordern wir in unserem zweiten Antrag eine stärkere Forschungsförderung. Die Bayerische Staatsregierung soll sie anstoßen und unterstützen. Wir brauchen groß angelegte empirische Studien. In Großbritannien und in den Niederlanden beispielsweise gibt es sie bereits. Da ich, wie wahrscheinlich alle hier, davon ausgehe, dass wir dieses Problem leider noch länger haben werden, ist es sehr wichtig, dass wir bei diesem Thema vorangehen und so viele Informationen wie möglich sammeln. Wir bitten deshalb, auch unseren zweiten Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Reichhart das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Hans Reichhart (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss Frau Kollegin Schulze recht geben: Der Salafismus, der Islamismus ist sicherlich die größte Herausforderung für unsere Demokratie, für unsere Gesellschaft, für unsere Freiheit, für unsere Werteordnung, die wir derzeit haben. Wenn man sich die Zahlen vor Augen führt, dann wird einem manchmal angst und bange. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland 8.300 Salafisten. Allein in Bayern sind 630 Salafisten erfasst,

die sich offen dazu bekennen. Die Salafisten berufen sich auf etwas ganz Altvorderes, eine Religion, die im Mittelalter stehen geblieben ist, die mit der Entwicklung unserer Gesellschaft nicht Schritt gehalten hat. Man sieht, dass diese Bewegung unsere Gesellschaft nach ihren Glaubensvorstellungen umgestalten will. Sie wollen unsere Gesellschaft umbilden; doch das dürfen wir als offene, als freie Gesellschaft auf keinen Fall dulden. Diese Umgestaltung der Gesellschaft hin zu einem gottgewollten Staat, zu einem Gottesstaat, zu einer gottgewollten Ordnung, ist unvereinbar mit unseren Grundwerten. Das ist unvereinbar mit unseren Verfassungspositionen. Unsere Verfassung soll nach Auffassung der Salafisten keine Geltung mehr haben. Deshalb müssen wir sie verteidigen. Die Gesellschaft muss zusammenstehen, wir müssen aktiv dafür eintreten.

In der jetzigen Zeit, in der aufgeheizten Debatte, die wir über den Islam und darüber führen, wie wir mit dieser Religion umgehen, muss man sich den Unterschied vor Augen halten, was den Islam vom Islamismus unterscheidet. Der Islam versteht den Koran als Offenbarung, bei den Islamisten ist der Koran eine Verfassung. Der Islam versteht die Sunna als Brauch, während sie bei den Islamisten zur verpflichtenden Lebensweise wird. Der Islam versteht die Scharia als persönliche ethisch-moralische Wertordnung, während sie bei den Salafisten zum politisch-gesellschaftlichen Gesetz wird. Das wird besonders deutlich beim Dschihad, der im Islam als persönliche Anstrengung der Gläubigen verstanden wird. Bei den Salafisten, bei den Islamisten hingegen wird er zum Gotteskrieg gegen Ungläubige. Insgesamt kann man sagen, der Islam ist eine Religion, während der Salafismus, der Islamismus die politische Ideologie eines geschlossenen Weltbildes ist, die wir ablehnen, die wir bei uns nicht haben wollen. Wenn man sich dann anschaut, dass in den Fußgängerzonen Salafisten bei "Lies!"-Kampagnen für den aktiven Beitritt werben, wie beispielsweise am vergangenen Wochenende, und dafür, dass unsere Staatsordnung geändert wird, dann müssen wir sagen: Wir müssen mit aller Härte des Gesetzes, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgehen. Wir müssen hart dafür kämpfen, dass dieses verfassungswidrige Verhalten bei uns in Bayern, bei uns in Deutschland keinen Platz hat.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Sehr gut!)

Gleichzeitig muss aber auch eines klar sein: Der Islam hat wie das Christentum, wie das Judentum und wie alle anderen weltanschaulichen Religionen bei uns in Deutschland Religionsfreiheit verdient. Das gilt aber nicht für den Islamismus, und das gilt auch nicht für den Salafismus. Diese beiden Auslegungen müssen wir mit aller Härte des Gesetzes bekämpfen. Denen muss unsere Gesellschaft, müssen wir alle, die wir hier sitzen, alle, die draußen sind, mit aller Kraft entgegenreten. Wir müssen stark dafür kämpfen, dass hier nichts passiert.

(Beifall bei der CSU)

Wir können stolz darauf sein, was unser Verfassungsschutz, was unsere Polizei und unsere Justizbehörden leisten. Unsere Jugendämter, unsere Sozialstellen, die Schulen und alle staatlichen Einrichtungen stehen ganz klar in einer Linie. Wir wollen, dass alle Menschen, ob jung oder alt, unter keinen Umständen diesen islamistischen Verführern verfallen oder zu deren Opfern werden. Wir haben deshalb in Bayern auch etwas getan. Wir haben das Bayerische Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk gegen Salafismus geschaffen. Das ist deutschlandweit einmalig.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Nein, ist es nicht!)

– Doch, Frau Kollegin Schulze. Es bündelt die Arbeit aller Ressorts. Es gibt kein anderes Bundesland, in dem Justiz-, Innen-, Sozial- und Kultusressort gemeinsam an einem Konzept arbeiten und strategische Schwerpunkte erarbeiten, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir dazu auch die Gesellschaft brauchen. Deshalb machen wir auch viel mit der Gesellschaft und arbeiten sehr stringent darauf hin.

Wir werden die Anträge der GRÜNEN ablehnen. Sie sind fachlich überholt, zum Teil sind sie auch inkonsequent. Ich beginne mit dem Antrag betreffend "Salafismusprävention für Frauen und Mädchen stärken". Das Netzwerk für Prävention und Deradika-

lisierung gliedert die Maßnahmen auf, und zwar in Prävention und in Deradikalisierung. Bei der Prävention ist es uns besonders wichtig, eine Stigmatisierung zu vermeiden. Wir wollen nicht sagen: Wir greifen uns jetzt speziell die Mädchen heraus, oder: Wir greifen uns jetzt speziell eine Altersgruppe oder eine spezielle regionale Herkunft heraus. Wir wollen stattdessen Angebote für alle machen. Wir wollen allen jungen Menschen sagen: Leute, werdet nicht zum Opfer dieser Ideologen, rennt diesen Verrückten nicht nach, sondern vermeidet es unter allen Umständen, in deren Fänge, in deren Netz zu geraten. – Deshalb ist die Prävention so wichtig.

Bei der Deradikalisierung sieht es anders aus. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Deradikalisierung so erfolgen muss wie die Radikalisierung, und das heißt, individuell. Es gibt verschiedene Formen, es gibt nicht den einen Punkt, der jemanden zum Islamisten macht. Es sind vielmehr Prozesse, die sich entwickeln. Dort müssen wir spezifisch angreifen. Wir können nicht sagen, wir machen ein Frauenprogramm oder ein Männerprogramm. Auch unter Frauen und Männern gibt es Unterschiede. Deshalb gehen wir spezifisch heran und entwickeln spezielle Programme. Wir wollen nicht auf ein bestimmtes Geschlecht abstellen, sondern wir wollen das allgemein halten, und deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Das Gleiche gilt für den Antrag betreffend "Ausbau der Forschungsförderung im Themenbereich Salfismus". Wer sich mit den Studien beschäftigt, der sieht, dass wir schon sehr weit sind. Die Faktoren, wie und warum sich jemand radikalisiert, sind bekannt. Wir wissen, dass es nicht einen einzelnen Schlüsselfaktor zur Radikalisierung gibt. Die Forschung versucht deshalb auch nicht, die einzelnen Faktoren herauszuarbeiten, sondern sie analysiert Prozesse und Interaktionen, die bei dieser Radikalisierung eine Rolle spielen. Bayern ist auch Mitglied der Arbeitsgruppe Deradikalisierung und Prävention, die im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin angesiedelt ist. Dort findet die Feldarbeit statt. Wer sich mit dem Thema beschäftigt, der sieht, dass dort viel über die Zusammenhänge erfolgt. Auch in Bayern haben wir einige Projekte, die in dieses Netzwerk einfließen, woraus wir wiederum unsere Information holen. Wir

haben in Bayern das Forschungsprojekt "Demokratie leben!". Wir haben das Projekt "Salafismus in Deutschland: Forschungsstand und Wissenstransfer" der Universität Erlangen. Wir haben das Projekt "Islam in Bayern" der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Insoweit wird bereits in der Feldforschung sehr viel getan.

Die Grundlagenforschung darf sich aber nicht, wie es die GRÜNEN fordern, nur auf den Freistaat Bayern konzentrieren. Der Islamismus, der Salafismus ist ein grenzüberschreitendes, globales Problem. Deswegen können wir nicht Mikrostudien durchführen, sondern wir müssen das Ganze betrachten. Darum werden wir auch den zweiten Antrag der GRÜNEN ablehnen.

Liebe Kollegen der GRÜNEN, erlauben Sie mir abschließend noch eine Bemerkung. Ich bin froh, dass sich auch bei Ihnen inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Islamismus und Salafismus bekämpft werden müssen.

(Lachen bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Wir haben nämlich hier in diesem Haus ganz andere Entwicklungen erlebt. Reden Sie einmal mit Ihrem Kollegen Beck in Ihrer Bundestagsfraktion, der sich auch auf anderen Gebieten manchmal verirrt und manchmal fehlgeleitet ist.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Er hat vor fünf Jahren versucht zu verhindern, dass der Salafismus in das Programm zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie hineinkommt.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Hört, hört!)

Er hat versucht, den Salafismus herauszunehmen mit der Begründung, Salafismus sei keine Gefahr für Demokratie, Toleranz und Vielfalt. Ich glaube, hierin kommt eine gewisse Geisteshaltung deutlich zum Ausdruck. Diese Geisteshaltung – danach höre ich auf – ist auch bei dem Verhalten, das Sie hier gezeigt haben, zum Ausdruck gekommen. Immer dann, wenn es darum ging, gewaltbereite Salafisten abzuschieben,

haben Sie gesagt, nein, lasst doch diese Leute da, auch wenn sie nicht deutsche Staatsangehörige sind. – Wir wollen, dass diese Leute unser Land verlassen müssen. Von Ihnen kommt immer sofort ein Aufschrei. Ich glaube, das zeigt eine gewisse Geisteshaltung, die dahintersteckt. – Aber ich freue mich auf einen gemeinsamen Weg in den nächsten Wochen und Monaten und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Schulze, bitte.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Herr Kollege Reichhart, zunächst weise ich Ihre Aussagen zu unserem Kollegen Volker Beck aus der Bundestagsfraktion zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken für Ihre lange, ausführliche Erklärung, wogegen Sie sich alles stellen. Vielen Dank, dass Sie das so ausführlich dargestellt haben.

Sie waren bei der Anhörung dabei. Die Expertinnen und Experten haben davon berichtet, dass die Radikalisierungswege junger Mädchen und Jungen unterschiedlich verlaufen. Meine erste Frage lautet: Haben Sie das mitbekommen?

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Eine Unverschämtheit! Was soll denn das? Das ist doch kein Kindergarten hier! Die spinnt wohl!)

Ich komme zu meiner zweiten Frage: Sind Sie, wenn Sie das mitbekommen haben sollten, der Meinung, dass man für unterschiedliche Radikalisierungswege vielleicht unterschiedliche Präventionsansätze braucht, damit es nicht zu einer Radikalisierung kommt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dr. Hans Reichhart (CSU):** Erstens. Liebe Kollegin Schulze, ich glaube, dass ich bei der gesamten Anhörung da war.

(Lachen bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Körperlich anwesend!)

– Ich habe wahrscheinlich aufmerksamer zugehört als viele andere Kollegen, auch manche, die gerade meinen, sie müssten hier noch ihren Kommentar abgeben.

Zweitens. Radikalisierung erfolgt immer individuell. Radikalisierung erfolgt zum größten Teil geschlechtsunspezifisch. Wie bei einem Mosaik kommt ein Stein zum anderen. Man weiß nicht, welcher der letzte Stein ist, der die Radikalisierung zum Ende bringt. Deswegen sagen wir: Lasst uns die Prävention allgemein und die Deradikalisierung individuell gestalten. Das Herausgreifen einzelner Gruppen hätte eine Stigmatisierung zur Folge. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion der Herr Kollege Dr. Wengert das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Paul Wengert (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Problem Salafismus zu beschreiben und seine fatalen Wirkungen und Folgen zu beklagen reicht nicht aus, lieber Kollege Reichhart.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Sie haben viel geredet, aber nur von repressiven Maßnahmen gesprochen und im Übrigen Wikipedia-Wissen zum Besten gegeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Reichhart (CSU))

Mit Allgemeinplätzen lässt sich das Problem leider nicht lösen.

Eigentlich sollten wir über diese beiden Anträge überhaupt nicht im Plenum diskutieren müssen. Mich hat schon die Begründung der Ablehnung seitens der CSU im Innenausschuss irritiert, wonach die Anträge das Handeln der Exekutive betreffen, in das sich der Landtag nicht so detailliert einmischen sollte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Es ist aber unser Auftrag, der Exekutive dort, wo es nötig ist, Vorgaben zu machen und ihr zu sagen, was sie tun soll, wo wir Handlungsbedarf sehen.

Das zweite Argument war genauso wenig überzeugend, ein Deradikalisierungsprogramm müsse immer individuell sein und dürfe sich nicht nur auf eine Gruppe beziehen, die dadurch stigmatisierend herausgegriffen werde.

Mit ihrem Antrag zur Salafismusprävention möchten die GRÜNEN ein bayerisches Präventions- und Deradikalisierungsprogramm für den Bereich des Salafismus und gewaltbereiten Islamismus anstoßen, das sich speziell an Mädchen und junge Frauen wendet. Das hat mit Stigmatisierung nichts, aber rein gar nichts zu tun,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

zumal es sich nicht um ein Angebot in aller Öffentlichkeit handelt, wo jemand bloßgestellt oder an den Pranger gestellt wird, sondern um ein diskretes Zugehen auf die gefährdeten jungen Menschen und die Familien, in denen sie noch leben.

Spätestens seit unserer Anhörung im Oktober wissen wir, dass Aussteigerprogramme und Deradikalisierungsprogramme langwierige Prozesse sind und dass man drei, vier oder gar fünf Jahre arbeiten muss, um Erfolge zu erzielen. Das heißt im Umkehrschluss, dass wir schnell handeln müssen. Die Zahl der Radikalisierten und der Gefährdeten wächst täglich. Als Sicherheitsbehörden 2010 begonnen haben, sich mit dem Salafismus zu beschäftigen, ist man von einer Zahl von rund 3.000 Salafisten in Deutschland ausgegangen. Diese Zahl hat sich bundesweit mittlerweile verdreifacht, in Bayern von 130 auf über 600 mehr als vervierfacht. Das ist ein rasanter Anstieg.

Warum wächst diese Bewegung so schnell? – Auch darauf gab es in der Anhörung klare Antworten durch die Sachverständigen. Lieber Kollege, ein Faktor ist demnach, dass sich der Salafismus in gewisser Hinsicht als Jugendkultur verstehe, als eine gewisse Rebellion gegenüber der Mehrheit der Gesellschaft und gegenüber den Eltern. Der Salafismus biete sich als Problemlösungsstrategie an. Er biete gerade Jugendlichen, die Probleme haben, ob nun sozial, beruflich, ökonomisch oder auch psychisch, einfache Lösungen auf ihre Fragen. Dabei würden die jungen Menschen auf der Gefühlsebene angesprochen. Sie seien vollkommen davon überzeugt, dass sie sich für eine gute Sache einsetzen. – Ich zitiere:

Sie haben von den entsprechenden Vertretern des Extremismus ein Rundumsorglos-Paket erhalten, das es ganz schwierig macht, diesen Panzer zu durchbrechen, wenn man sie erreichen möchte.

Das führte eine Sachverständige aus dem Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen aus.

Die Gefühlsebene ist bei Mädchen und jungen Frauen eben eine andere als bei Jungen und jungen Männern. Es gibt zum Beispiel Mädchen aus sehr konservativ-traditionellen, sehr patriarchalischen Familien, wo der Vater sein Patriarchat nur auf den Islam zurückführt. Der Junge darf alles, das Mädchen darf nichts. Die Mädchen werden vom koedukativen Unterricht abgemeldet und dürfen nicht mit auf Klassenfahrten, Jungen aber schon. Innerhalb dieser Familienstruktur können sich Mädchen nur bis zu einem bestimmten Grad entwickeln. Der Bruder und der Vater werden immer über ihnen stehen. Für diese Mädchen sind der politische Salafismus und vor allem der Dschihadismus eine vermeintliche Möglichkeit der "Emanzipation". Während junge Männer im Krieg Abenteuer erleben, ihre Männlichkeit im Kampf zu zelebrieren suchen – man geht in den Krieg, fährt Panzer, läuft durch den Dreck und grillt am Abend – oder ihre sehr oft krankhaften Kriegsphantasien ausleben wollen, ist das bei jungen Frauen eben anders, so die Sachverständigen. Sie glauben, im Kalifat Geschichte schreiben zu können als Zweit- oder Drittfrau eines Gotteskriegers. Sie sind die erste

Generation des neuen Weltreiches. Sie bekommen Anerkennung in ihrer klassischen Frauenrolle. Und insbesondere Mädchen, vierzehn-, fünfzehn-, sechzehnjährige Mädchen, haben tatsächlich diesen romantischen Traum von "Ich finde meinen Dschihadisten". Da drängt es sich geradezu auf, für diese jungen Frauen eigene Präventions- und Deradikalisierungsprogramme zu entwickeln.

Der zweite Antrag betreffend "Ausbau der Forschungsförderung im Themenbereich Salafismus" greift die eben dargestellte Problematik auf. Da wir es mit einem laufenden Prozess zu tun haben, nicht mit einem einmaligen Ereignis, entstehen immer wieder neue Wissenslücken bei der Frage nach den Faktoren der Radikalisierung junger Menschen, insbesondere auch von Frauen, und der Frage nach geeigneten Gegenmaßnahmen. Ohne fundierte Untersuchungen und Analysen auf der Basis zuverlässiger empirischer Studien werden wir uns sehr schwertun, Erfolg versprechende Präventionsstrategien zu entwickeln. Diese brauchen wir aber ganz dringend, um der Radikalisierung junger Menschen wirksam begegnen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, da lasse ich das Argument, das in der Mitberatung im Haushaltsausschuss von Ihrer Seite kam, nicht gelten, dass Forschungsarbeiten dazu mit großem Aufwand und hohen Kosten verbunden seien. Es geht hier um Menschenleben, sowohl um das Leben der jungen Leute, die für den Salafismus angeworben und für den Dschihad begeistert werden sollen, als auch um das Leben der Menschen, die diesen radikalisierten und fanatischen Kämpfern zum Opfer fallen, ob in Syrien oder hier in Europa. Daher werden wir auch diesem zweiten Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Hanisch das Wort erteilen. Bitte.

**Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innenausschuss hat sich intensiv mit dem Thema Salafismus beschäftigt. Im Herbst letzten Jahres hatten wir dazu eine Anhörung. Ich glaube, das Thema ist viel zu ernst, als dass man darüber unterschiedlicher Auffassung sein könnte. Herr Kollege Dr. Reichhart, vieles von dem, was Sie gesagt haben, würde für die beiden Anträge der GRÜNEN sprechen. Präventionsarbeit ist immer noch billiger, als wenn wir hinterher das ausbaden müssen, was durch vernünftige Präventionsmaßnahmen hätte verhindert werden können. Das haben wir sehr häufig gesehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Die Anhörung hat uns gezeigt, dass junge Frauen und Mädchen wohl wesentlich anfälliger für die Ideen der Salafisten und Dschihadisten sind, als man gedacht hat. Die Situation im Einzelfall ist jedoch unterschiedlich und darf nicht über einen Kamm geschoren werden. Deshalb haben wir im Innenausschuss beiden Anträgen zugestimmt. Ich kann es deshalb relativ kurz machen: Wir werden diesen Anträgen auch heute zustimmen, weil wir der Auffassung sind, dass sie Hand und Fuß haben.

Wehret den Anfängen. Dann können wir uns hinterher einiges ersparen. Die Anhörung hat außerdem gezeigt, dass gerade zwei Gruppen für den Salafismus sehr anfällig sind, nämlich diejenigen, die aus sehr strengen Elternhäusern kommen, und diejenigen, die aus Elternhäusern kommen, in denen ein Laisser-faire-Stil praktiziert wurde. Aus diesen Gruppierungen kommen die meisten der Dschihadisten, die wir jetzt kennen. Wir müssen diesen Jugendlichen durch präventive Maßnahmen helfen. Die Dschihadisten betreiben eine frauenspezifische Propaganda. Sie versprechen den Mädeln das Blaue vom Himmel herunter: Sie werden mit einem Krieger verheiratet sein. Sie können Lorbeeren ernten. Sie können einen neuen Staat aufbauen. Das kommt an. Deshalb müssen wir frauenspezifische Präventionsarbeit leisten. Dieses Instrument wird am ehesten greifen und helfen.

Deshalb werden wir diesen beiden Anträgen zustimmen. Auch eine Forschungsförderung auf diesem Gebiet ist sicherlich ein sinnvoller Ansatz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die beiden Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung das Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zugrunde legen? – Damit besteht Einverständnis. Danke. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in dem vorgenannten federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten und die Anträge sind abgelehnt.